

lem Rechte sagen kann, daß seit dem Jahre 1830 im Königreiche Sachsen in religiöser und auch in theologischer Beziehung eine größere Gewissens- und Lehrfreiheit geherrscht hat, als in manchen andern Ländern, und daß von oben herab als Norm für diese Gewissens- und Lehrfreiheit einzig und allein die unantastbaren und ewigen Grundpfeiler des Christenthums selbst angenommen worden sind. Ueber dieses hinaus hat man sie nicht ausdehnen wollen und hat wohl auch daran recht gethan. Beweis dafür ist die Besetzung der Lehrstühle auf unserer Universität. Beweis dafür die ganze sächsische Geistlichkeit, bei welcher sowohl die rationale als orthodoxe Richtung vertreten ist, und woraus hervorgeht, daß bei der Besetzung von Aemtern nur wissenschaftliche Befähigung und unbescholtener Lebenswandel von oben, wie ich weiß, berücksichtigt worden, ohne der einen oder der andern Partei ein Uebergewicht einzuräumen. Unsere hohe Staatsregierung hat es bewiesen, daß sie sich in religiösen Angelegenheiten so weit wie möglich von jeder Parteinahme entfernt zu halten bestrebt hat. Ich erinnere nur an den bekannten Streit, der in Leipzig über eine neue Förmelung des apostolischen Glaubensbekenntnisses stattfand. Was war das Resultat dieser Haltung der hohen Staatsregierung? Ein Zustand großer geistiger und religiöser Freiheit in Sachsen, dem alle Uebertreibungen fremd blieben. Also in jeder Beziehung ein sehr erfreulicher Zustand. Jetzt thut sich in einem größern Nachbarlande eine Partei auf, die in Eisenbahnhöfen, in Gasthöfen und an andern öffentlichen Orten Versammlungen hält, wo theologische Fragen sehr zarter Natur behandelt werden; die Behandlung dieser Fragen wird in Zeitschriften verbreitet, vielleicht übertrieben, mit andern Farben geschildert, kurz nach dem, was wir in den Zeitschriften darüber gelesen haben, mußte die hohe Staatsregierung glauben, daß wirklich diese Partei damit umgehe, die Grundpfeiler des Christenthums zu untergraben, und hat das auch später diese Partei entschieden in Abrede gestellt, so ist doch in einer Zeitschrift, dem Herold, das offenbar gesagt worden, obgleich es später allerdings widerrufen worden ist. Was dann unsere hohe Staatsregierung gethan hat, in Folge des ihr zustehenden höchsten Aufsichtsrechtes, das hat das Ministerium in einem sehr gründlichen Exposé gerechtfertigt, und ich brauche dem nichts hinzuzufügen. Inzwischen muß ich nochmals wiederholen, daß ich in dieser Beziehung das Verfahren des hohen Ministeriums nur billigen kann. Etwas muß ich noch hinzufügen: daß offenbar die Partei, welche dem Ministerium entgegengetreten, in ihren Ansichten zu weit gegangen war, und daß sie es auch selbst gefühlt hat; denn ich habe später ein Schriftchen gelesen, wenn ich nicht irre, war es vom Pfarrer Uhlich, und heißt: „Was wollen die protestantischen Freunde?“ was offenbar eine berichtigende Tendenz hat; allerdings ist dies Schriftchen weit gemäßigter gehalten, als die Vorträge, die in den frühern Zusammenkünften gehalten worden sind. Auch finde ich ferner das Auftauchen dieser Partei im Nachbarlande viel natürlicher, als bei uns; denn nach dem, was daselbst vorgeht, scheint es richtig zu sein, daß dort eine andere Partei, die

ich die pietistische nennen will, sehr stark vertreten ist, und durch ihre Grundsätze diesen Gegensatz hervorgerufen hat. Ich muß gestehen, daß ich beide Richtungen nicht liebe, die pietistische nicht, weil sie sich besser dünkt, als alle Andern, die Lichtfreunde nicht, weil, wie schon der Name beweist, sie sich für aufgeklärter halten, als alle Andern. So viel ist gewiß, daß in Sachsen durchaus keiner von diesen Richtungen Vorschub geleistet worden ist, und daß sich unsere hohe Staatsregierung vollkommen in der rechten Mitte gehalten hat. Also finde ich es eben so recht als natürlich, daß sie uns den Zustand des religiösen Friedens hat bewahren wollen, und ich kann mich nicht zu einer Aeußerung entschließen, die auch nur einen indirecten Tadel ihres Benehmens enthielte.

Vizepräsident v. Friesen: Wünscht noch Jemand über diesen Gegenstand zu sprechen?

D. Großmann: Ich werde für die Fassung, welche die Deputation vorschlägt, stimmen; allein ich setze dabei voraus, daß damit auch die ultramontanen Umtriebe getroffen werden, welche sich in Annaberg, in Brauna bei Camenz und hier in Dresden auf bedenkliche Weise kundgegeben haben. Unter dieser Voraussetzung stimme ich für den Deputationsvorschlag.

Staatsminister v. Wietersheim: Der ehrenwerthe Redner hat Bestrebungen gedacht, von denen er wünscht, daß sie durch die Adresse mit bezeichnet werden möchten. Ich versichere, das Ministerium ist bei den Vorfällen, deren er erwähnt hat, seiner Verantwortlichkeit stets eingedenk gewesen; es ist sich bewusst gewesen, daß es darüber zur Rechenschaft gezogen werden könnte. Allein es erwartet diesen Tag der Verantwortung mit Ungebuld und Sehnsucht, weil es überzeugt ist, daß er zu dessen voller öffentlicher Rechtfertigung führen werde. Es war schmerzlich und niederdrückend, wenn das Ministerium sich bisher irrtümlichen oder böswilligen Uebertreibungen, ja zum Theil selbst den wahrheitswidrigsten Angriffen bloßgestellt gesehen hat, ohne sich dagegen vertheidigen zu können. Personen, die keine andere Verantwortlichkeit über sich haben, als gegen ihr Gewissen und Gott, und diese noch dazu zum Theil sehr leicht zu nehmen scheinen, diesen Personen fällt es freilich nicht schwer, das Ministerium zu verdächtigen und anzugreifen. Sie werfen ihm vor, daß es nicht Maasregeln ergreife, welche den augenblicklich aufgeregten Leidenschaften schmeicheln; sie vergessen aber, daß das Ministerium nicht nach Leidenschaften, sondern nach Gewissen handeln soll, wenn es nicht eidbrüchig werden will. Es hat nur eine Richtschnur, eine Regel, der ist es immer treu geblieben: Verfassung, Recht und Gesetz. Uebrigens bin ich weit entfernt, die starken Ausdrücke, die ich gebraucht habe, und die ich actenmäßig belegen kann, gegen den ehrenwerthen Abgeordneten irgendwie zu richten. Diese Angriffe sind von der andern Seite, zum Theil von der Presse erfolgt, und es wird sich Gelegenheit finden, das zu beweisen, was ich jetzt gesagt habe.

Vizepräsident v. Friesen: Da Niemand mehr zu sprechen wünscht, würde ich das Schlußwort des Herrn Referenten zu erwarten haben.